

**Rede
von**

Hanna Naber, MdL

zu TOP Nr. 21a

Aktuelle Stunde

**#rettediekultur – Keine Kulturwüste in
Niedersachsen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/1898

während der Plenarsitzung vom 25.10.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Seit meiner Wahl in den Landtag und Benennung zur kulturpolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion vor gut einem Jahr bin ich viel durch Niedersachsen gereist, um mit in der Kultur Tätigen zu sprechen. Diese sind immer, aber besonders in Zeiten, die von einer Verrohung der Diskussionskultur geprägt sind, unverzichtbar für die Gesellschaft als Ganzes. Denn Kultur bedeutet Daseinsvorsorge für alle. Sie ist deshalb nicht zuletzt auch ein bedeutender Standortfaktor.

Kunst- und Kulturschaffende verstehen sich zu Recht als diejenigen, die für demokratische Aushandlungsprozesse Räume und Infrastruktur schaffen, auch abseits der Metropolen.

Sie begleiten uns alle, die wir hier sind, kritisch und reflektiert. Kurzum: Ihre Arbeit ist ein besonderer Teil von uns allen, die wir uns für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen. Deshalb gebührt allen in der Kultur Tätigen unser ernstgemeinter und von Herzen kommender Dank.

Kulturpolitik aber führt bisweilen ein Aschenputtel-dasein. Im Länderranking steht Niedersachsen an drittletzter Stelle, was den Umfang der Mittel angeht. Dieser Befund ist aber wahrlich kein neuer. Es ist unbestritten, dass es hier Nachholbedarf gibt. Auch deshalb haben wir als SPD für die kulturfördernden Inhalte im Koalitionsvertrag gekämpft, wie sie sich heute dort wiederfinden.

Im Besonderen kommunale Theater befinden sich in einer misslichen Lage.

Eine notwendige Erhöhung der Fördermittel seitens der Kommunen im Falle einer Nichtanpassung der Grundförderung kann daher zu einer Kürzung bei anderen Vereinen und Kultureinrichtungen führen. Dies ginge zulasten der Kulturlandschaft Niedersachsens gerade außerhalb der Metropolen. Das darf nicht sein!

Jährliche Tätigkeitsberichte, die das Land im Rahmen der Zielvereinbarungen erhält, zeigen, dass die bisherige Zusammenarbeit zwischen Land und Bühnen sowie Orchestern sehr erfolgreich ist. Die kommunalen Bühnen und Orchester haben sich in der Vergangenheit stets an die vertraglich festgelegten Vereinbarungen gehalten. Diese fruchtbare Zusammenarbeit steht und fällt mit einer angemessenen Finanzierung durch das Land. Eine höhere Grundfinanzierung der kommunalen Bühnen und Orchester in Form einer Verstetigung der bisherigen Sonderfördermittel sowie mithilfe eines Ausgleichs der entstehenden Sachkosten muss demnach mit einer anteiligen Übernahme der Tarifsteigerungen gekoppelt werden, damit den Einrichtungen langfristig und verlässlich eine faire Personalpolitik ermöglicht wird.

Wir als SPD-Fraktion begrüßen ausdrücklich die weitere anteilige Übernahme der Tarifsteigerungen. Und ja: Wir sind enttäuscht, dass es die zusätzlichen Mittel in Höhe von 6 Millionen Euro bisher nicht in den Haushaltsplan des Landes geschafft haben und Herr Minister Thümler damit die Versäumnisse seiner Vorgängerin nicht hat heilen können.

Dennoch bleiben wir zuversichtlich, dass wir als regierungstragende Fraktionen gemeinsam mit der Landesregierung in den nächsten Jahren zur nachhaltigen Umsetzung des Koalitionsvertrages kommen und zusätzliche Mittel für die kommunalen Theater verstetigen.

Der Kulturminister hat gerade gestern noch einmal konstatiert, dass wir „den Kulturetat um 50 Millionen Euro erhöhen müssen“. Wir als SPD-Fraktion werden ihn dabei tatkräftig unterstützen.

Wir benötigen jedoch nicht nur mehr Geld, sondern müssen grundsätzlich umdenken. Wir brauchen eine gesicherte, belastbare Grundlage, die die genauen Aufgaben und Verantwortlichkeiten aller beteiligten Ebenen regelt und damit die Kulturförderung verbindlicher macht. Wir müssen die Kulturpolitik aus ihrem Nischendasein befreien und in die Mitte der parlamentarischen Behandlung rücken.

Danke schön.